

Landesverwaltungsamt
-Landesjugendamt-
Geschäftsstelle des LJHA

Halle, den 09.03.2022
Tel. 0345/514-1627
501.1.1 Frau Koch

N i e d e r s c h r i f t LJHA Nr. 3/2022 (8)

zur 2. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses in seiner 8. Amtsperiode
mit den Schwerpunktthemen: Wiederkehrende und unerledigte Beschlüsse, 8. Kinder- und
Jugendbericht, Einrichtung einer AG Corona, Einrichtung einer AG Kita, Ukrainische
Geflüchtete in Sachsen-Anhalt, Schulsozialarbeit

am: Montag, den 25.04.2022
Beginn/Ende: 09.30 Uhr bis 15.20 Uhr
als Videokonferenz

- Öffentlicher Teil -

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und
Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.02.2022 und die
Klausurtagung vom 07.03.2022
- TOP 3 Beschlusskontrolle
- Wiederkehrende Beschlüsse (Antrag 08/2022)
 - Unerledigte Beschlüsse (Vorlage 02/2022)
 - Beschlusskontrolle und Abstimmung
- TOP 4 Berichte zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe
Berichte über Aktivitäten und aktuelle Entwicklungen
Hinweis: Unmittelbar an jeden Bericht können Rückfragen gestellt werden.
- TOP 4a Bericht des Vorsitzenden
- TOP 4b Bericht aus der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA-V)
- TOP 4c Bericht aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Gleichstellung (MS)
- TOP 4d Bericht aus dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Gleichstellung des Landtages
- TOP 4e Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHPL)
- 8. Kinder- und Jugendbericht Sachsen-Anhalt (Antrag 07/2022)
- TOP 4f Bericht aus dem Unterausschuss Finanzen (UA Fin)

- TOP 4g Bericht aus dem Unterausschuss SGB VIII (UA SGB VIII)
- TOP 4h Bericht aus den Landesarbeitsgemeinschaften (bei Bedarf)
- LAG Mädchen* und junge Frauen*
- TOP 5 Einrichtung einer AG Corona (Antrag 09/2022)
- TOP 6 Einrichtung einer AG Kita (Antrag 10/2022)
- TOP 7 Ukrainische Geflüchtete in Sachsen-Anhalt
- Impulse: Koordinierungsstelle für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine im LVwA (angefragt), LAMSA (angefragt), Kommunale Spitzenverbände (angefragt)
- TOP 8 Schulsozialarbeit
- Impuls: Ministerium für Bildung des Landes (angefragt)
- Kurzstatements: Bildungsausschuss Landtag (angefragt), LIGA-AG (angefragt), Kommunale Spitzenverbände (angefragt)
- TOP 9 Absprachen für nächste Sitzungen -
Themen/Verantwortlichkeiten/Referent*innen
- TOP 10 Verschiedenes

von den 20 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend:

01. Magdalena Forchmann	02. Gernot Quasebarth
03. Olaf Schütte	04. Christoph Tekaath bis 14.40 Uhr
05. Bianca Zelisinski	06. Igor Pissetski
07. Christian Scharf	08. Kathrin Rösel
09. Pascal Begrich bis 13 Uhr	10. Peter Marx
11. Tom Bruchholz	12. Dr. Kerstin Schumann
13. Nancy Wellenreich	14. Inga Wichmann
15. Nicole Göbel bis 14.56 Uhr	16. Johannes Walter
17. Christian Deckert	

von den 20 stellvertretend stimmberechtigten Mitgliedern anwesend:

01. Klaus Roes bis 15.06 Uhr	02. Carolin Rutsche bis 15.00 Uhr
03. Mirko Günther	04. Rebecca Kutz bis 15.14 Uhr

von den 13 beratenden Mitgliedern anwesend:

01. Dirk Schmutzler ab 13.30-14.30 Uhr	02. Prof. Dr. Susanne Borkowski
03. Karin Franke	04. Tim Teßmann bis 10.45 Uhr
05. Nicole Anger	06. Gordon Köhler

von den 13 stellvertretend beratenden Mitgliedern anwesend:

01. Jens Gelhaar	02. Andre Köhler bis 13.30 Uhr
------------------	--------------------------------

anwesende Mitarbeiter der Verwaltung:

01. Isolde Hofmann bis 13.39 Uhr	02. Holger Paech bis 13.43 Uhr
03. Ragner Wenzel	04. Dr. Ursula Cremer
05. Dirk Günther	06. Heike Koch

anwesende Gäste:

Neben den namentlich aufgeführten Personen haben Gäste an der Sitzung teilgenommen.

Zu TOP 7:

Frau Müller-Weiß von der Koordinierungsstelle für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine

Christian Deckert von den kommunalen Spitzen

Igor Matviyets von LAMSA

Zu TOP 8:

Patricia Müller vom Bildungsministerium Sachsen-Anhalt

Stephen Gerhard Stehli vom Bildungsausschuss

Mirko Günther LIGA AG „Schulsozialarbeit“

Kathrin Rösel Landkreistag

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung	
-------	--	--

Pascal Begrich (Vorsitz), eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden zur 3. digitalen Sitzung des LJHA.

Nach Feststellung der Anwesenheit stellt er fest, dass die Sitzung gemäß § 5 der Satzung für das Landesjugendamt i.V.m. § 3 der GO des LJHA ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist nach § 6 der Satzung für das Landesjugendamt gegeben.

15 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Bianca Zelisinski

Dr. Kerstin Schumann

Karin Franke

Peter Marx

werden als Mitglieder des LJHA verpflichtet.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.02.2022 und die Klausurtagung vom 07.03.2022	
-------	--	--

Die Niederschriften vom 21.02.2022 und 07.03.2022 werden genehmigt.

TOP 3	Beschlusskontrolle <ul style="list-style-type: none"> - Wiederkehrende Beschlüsse (Antrag 08/2022) - Unerledigte Beschlüsse (Vorlage 02/2022) - Beschlusskontrolle und Abstimmung 	
-------	--	--

Pascal Begrich und Inga Wichmann erläutern den **Antrag 08/2022**.

Nach Diskussion wird der Antrag ergänzt und beschlossen:

Beschluss Nr. 2022-(8)-13

1. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage der aktualisierten Liste der wiederkehrenden Beschlüsse zur Kenntnis.
2. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt folgende Themen für eine Behandlung auf den Sitzungen der 8. Amtsperiode zur Kenntnis und wird sie entsprechend in seinen Jahresplanungen berücksichtigen.
 - a) Situation von Geflüchteten aus der Ukraine
 - b) Schulsozialarbeit
 - c) Digitalisierung
 - d) Jugendpolitisches Programm
 - e) Kommunale Bildungslandschaften
 - f) Demokratiegefährdende Entwicklungen und Herausforderungen
 - g) Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
 - h) Kinder- und Jugendarmut
 - i) Hilfen zur Erziehung
 - j) Fachkräfteentwicklung
 - k) Zusammenarbeit mit dem Landesausschuss berufliche Bildung
 - l) Partizipation von jungen Menschen
 - m) Partizipation und Situation von Familien

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die **Vorlage 02/2022** (Liste der unerledigten Beschlüsse aus der 7. und 8. Amtsperiode) werden von Pascal Begrich und Inga Wichmann auf Erledigung kontrolliert.

Beschluss Nr.:

2018-(7)-12	wird dem UA Fin zugeleitet, für den LJHA erledigt
2019-(7)-04	wird dem UA JHPL zugeleitet, für den LJHA erledigt
2019-(7)-19	soll in der nächsten Sitzung aufgerufen werden
2020-(7)-01	wird dem UA Fin zugeleitet, für den LJHA erledigt
2020-(7)-07	bleibt weiterhin unerledigt
2020-(7)-08	bleibt weiterhin unerledigt
2020-(7)-09	bleibt weiterhin unerledigt
2020-(7)-11	wird dem UA Fin zugeleitet, für den LJHA erledigt
2020-(7)-19	wird dem UA Fin zugeleitet, für den LJHA erledigt
2021-(7)-02	wird dem UA JHPL zugeleitet, für den LJHA erledigt
2021-(7)-03	wird dem UA JHPL zugeleitet, für den LJHA erledigt
2021-(7)-04	wird dem UA Fin zugeleitet, für den LJHA erledigt
2021-(7)-06	erledigt
2021-(7)-07	wird dem UA Fin und UA JHPL zugeleitet, für den LJHA erledigt
2021-(7)-08	bleibt weiterhin unerledigt
2021-(7)-09	erledigt
2021-(7)-10	erledigt
2022-(8)-10	unerledigt
2022-(8)-11	unerledigt

Die Beschlussvorlage wird entsprechend geändert:

Beschluss Nr. 2022-(8)-14

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und beauftragt die Geschäftsstelle des LJHA im Benehmen mit dem Vorsitzenden des LJHA die mit der Vorlage getroffenen Verfahrensweisen umzusetzen sowie eine Aktualisierung der Liste der unerledigten Beschlüsse vorzunehmen.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich einer rechtlichen Prüfung bzgl. einer fortgesetzten Gültigkeit der unerledigten Beschlüsse aus der 7. Amtsperiode (Diskontinuitätsprüfung) durch die die Verwaltung des Landesjugendamts.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

TOP 4	Berichte zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe Berichte über Aktivitäten und aktuelle Entwicklungen Hinweis: Unmittelbar an jeden Bericht können Rückfragen gestellt werden.	
TOP 4a	Bericht des Vorsitzenden	

Pascal Begrich berichtet aus der konstituierenden Sitzung des UA JHPL am 28.03.2022, in welcher Klaus Roes zum Vorsitz und Bianca Zelinski zur Stellvertretung gewählt wurde. Am 06.04.2022 fand die konstituierende Sitzung des UA Fin statt, in welcher Johannes Walter zum Vorsitz und Martin Taube zur Stellvertretung gewählt wurde. Die konstituierende Sitzung des UA SGB VIII findet am 27.04.2022 statt. Das Gespräch mit der Verwaltung des Landesjugendamtes bezüglich der Zusammenarbeit in der 8. Amtsperiode sowie zur Vorbereitung der 2. Sitzung des LJHA fand am 04.04.2022 statt, die Gespräche mit dem LJA werden in regelmäßigen Abständen stattfinden.

TOP 4b	Bericht aus der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA-V)	
--------	--	--

Jens Gelhaar berichtet über die Förderungen aus dem Referat 501 und 502, z.Zt. besteht noch die vorläufige Haushaltsführung. Es konnten Bescheide z.B. bei den Jugendbildungsreferent*innen erstellt werden, von 24 Anträgen wurden 23 bewilligt. Die Verwaltung des LJA wurde zudem mit zusätzlichen Aufgaben betraut. Diese umfassen die CO₂-Ampeln bei KiTa`s. Hier gab es 218 Bewilligungen mit einem Finanzrahmen von 2,55 Mio. €, 101,5 Mio. € sind ausgezahlt. Bei den Luftreinigern für KiTa`s sind 35 Bewilligungen mit einem Finanzvolumen von 0.5 Mio. € ausgezahlt.

TOP 4c	Bericht aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS)	
--------	--	--

Isolde Hofmann berichtet über:

- Besetzung des Digitalisierungsbeirates: der Beschluss des LJHA sei 2020 an das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung übermittelt worden, im daraufhin eingegangenen Antwortschreiben sei signalisiert worden, dem Anliegen Rechnung zu tragen; inzwischen habe es im neu gebildeten Digitalisierungsministerium (MID) eine geänderte Einschätzung dahingehend gegeben, dass insb. externe Experten in den Digitalisierungsbeirat berufen werden sollten. Die entsprechende Kabinettsvorlage habe das MID indes noch nicht vorgelegt; das MS werde sich entsprechend der Positionierung von Ministerin Grimm-Benne in der Landtagsdebatte im November 2021 einbringen und versuchen, dem Beschluss Rechnung zu tragen.
- Sachstand zum Corona Sondervermögen: die Finanzierung von Maßnahmen auf Landesebene sei geplant; das MS stehe in engem Kontakt zum KJR, Start der

Maßnahmen sei 2022, für die Digitalisierung von stationären Einrichtungen der Jugendhilfe sei die Ausstattung mit Endgeräten vorgesehen (750.000 € stünden dafür zur Verfügung). Für Digitalisierungsprojekte in Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit stünden insgesamt 6,75 Mio. € über 5 Jahre zur Verfügung. Für die Ausstattung mit Luftfiltern gebe es Mittel in Höhe von 4,6 Mio. € (in 2022).

Für Digitalisierungsprojekte der Familienverbände und Familienzentren wurden 100.000 € eingestellt, die auch in 2022 abfließen sollen. Es solle eine gemeinsame Richtlinie für alle im MS involvierten Referate vorbereitet werden.

- Sachstand Freiwilligendienste in der neuen EU-Förderperiode: Das MS habe die Zusammenlegung der Förderung des freiwilligen sozialen Jahrs, des freiwilligen Jahrs im Kulturbereich sowie des freiwilligen ökologischen Jahrs koordiniert, nachdem im letzten Jahr die Entscheidung getroffen worden sei, dass diese zusammengefasst werden solle. Ein Richtlinienentwurf sei erarbeitet und den beteiligten Ressorts zur Abstimmung vorgelegt worden; es gebe noch Abstimmungsbedarf mit dem MWU. (Stellenanzahl: FSJ Kultur 100 Stellen, FÖJ 126 Stellen, FSJ 380 Stellen). Die HH-Ansätze werden nachgereicht.
- Gute-Kita-Gesetz: Ende März sei das BMFSFJ angeschrieben worden, mit der Frage der Fortsetzung in 2023; die Antwort stehe noch aus. Für die inhaltliche Fortsetzung des Gute-Kita-Gesetzes gelte, dass der Bund noch nicht übermittelt habe, wie er die gesetzliche Regelung fassen wolle; die dafür zugrunde zu legenden Evaluierungsergebnisse legen nahe, dass der Bund ab 2023 bestimmte Schwerpunktbereiche in den Fokus nehmen könnte, die sich als für die Qualitätsentwicklung besonders bedeutsam herauskristallisiert haben. Das im Gute-Kita-Gesetz enthaltene KiQuTG möchte der Bund zu einem Qualitätsentwicklungsgesetz bis 2025 weiterentwickeln.

TOP 4d	Bericht aus dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landtages	
--------	---	--

Ulrich Siegmund ist zur Sitzung verhindert, er hat jedoch schriftlich folgendes eingereicht:

- Rahmenbedingungen der Förderung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zukunftsfähig gestalten- Förderkriterien novellieren: Es geht um eine grundsätzliche Novellierung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes. Die Landesregierung soll hierzu Auskunft erteilen.
- Es gab ein zusätzliches Finanzierungspaket durch den Bund für die Länder, diese Verteilung hat punktuell geholfen. Die genauen Evaluierungsergebnisse allerdings liegen erst im Sommer vor. Hierzu soll eine erneute Berichterstattung stattfinden.

Nicole Anger ergänzt zur Haushaltsberatung im Sozialausschuss, dass bei den Investitionsausgaben der Jugendbildungsstätten ein Defizit von 860.000 € zu verzeichnen sei.

TOP 4e	Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHPL) -8. Kinder- und Jugendbericht Sachsen-Anhalt (Antrag 07/2022)	
--------	---	--

Klaus Roes berichtet von der konstituierenden Sitzung am 28.03.2022.

Der **Antrag 07/2022** wird vorgestellt. Nach Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss Nr. 2022-(8)-15

1. Auf Basis der Erfahrungen aus den vorvergangenen Kinder- und Jugendberichten spricht sich der Landesjugendhilfeausschuss dafür aus, auch im 8. Kinder- und Jugendbericht eine thematische Schwerpunktsetzung vorzunehmen. Er empfiehlt, dass der 8. Kinder- und Jugendberichts auf die Folgen der bereits mehr als zwei Jahre andauernden Corona-Pandemie für junger Menschen eingeht. Hierbei sollen insbesondere junge Menschen in Armutslagen berücksichtigt werden. Für beide Bereiche sind Kinder-, Jugend-, Familien- und Jugendhilfepolitische Handlungsempfehlungen zu formulieren. Ein weiterer Fokus sollte auf der Situation queerer Kinder und Jugendlicher liegen.
2. Bei der Berichterstellung sind die unterschiedlichen Lebenslangen junger Menschen entsprechend zu berücksichtigen. Daher muss die Erhebung und die Analyse der Daten die Vielfältigkeit der Lebenslagen junger Menschen (z.B.: Geschlecht und sexuelle Identität, Migrationserfahrungen, finanzielle Situation, städtische und ländliche Räume) auch entsprechend abbilden.
3. Der LJHA empfiehlt, den Kinder- und Jugendbericht in zielgruppengemäßer Form für Kinder und Jugendliche verfügbar zu machen.
4. Der Landesjugendhilfeausschuss erklärt sich zu einer aktiven Mitarbeit an der Erstellung des 8. Kinder- und Jugendberichtes bereit.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme. 0 Enthaltung

TOP 4f	Bericht aus dem Unterausschuss Finanzen (UA Fin)	
--------	--	--

Der UA Fin hat sich konstituiert. Gewählt wurden Johannes Walter (Vorsitz) und Martin Taube (Stellvertretung).

Johannes Walter berichtet über die konstituierende Sitzung, dass zu den Themen offene Jugendarbeit, Corona Sondervermögen, Digitalisierung in der Kinder- und Jugendarbeit sowie Luftfilteranlagen für Einrichtungen der Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt beraten wurde.

Weitere Themenschwerpunkte für die nächsten Sitzungen:

Förderung internationalere Kinder- und Jugendarbeit, Schwerbehinderte Kinder- und Jugendliche, Selbstverständnis des UA Fin, Gute-KiTa-Gesetz, Vorbereitung Haushaltsplanung 2024, ggf. 2025, Aktionsplan LSBTTI, LAG Mädchen* und junge Frauen*, Förderung der Jugendverbandsarbeit sowie die unerledigten Beschlüsse, die an den UA Fin verwiesen worden.

TOP 4g	Bericht aus dem Unterausschuss SGB VIII (UA SGB VIII)	
--------	---	--

Pascal Begrich berichtet, dass sich der UA SGB VIII am 27.05.2022 zu seiner konstituierenden Sitzung trifft.

In der 3. Sitzung des LJHA soll eine Nachwahl stattfinden, Vorschläge hierzu sind erwünscht.

TOP 4h	Bericht aus den Landesarbeitsgemeinschaften (bei Bedarf) -LAG Mädchen* und junge Frauen*	
--------	---	--

Dr. Kerstin Schumann berichtet, dass die LAG sich intensiv mit der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation und den Auswirkungen auf Mädchen* und junge Frauen* im Bundesland beschäftigt. Momentan wird ein Positionspapier erarbeitet, dieses wird auf

der Sitzung der LAG im Juni verabschiedet und dann dem LJHA, den Ministerien und der Politik bekanntgegeben.

Zur rassismuskritischen Mädchenarbeit bietet die LAG gemeinsam mit Miteinander e.V. mehrere regionale Fortbildungstage an.

Darüber hinaus hat die LAG Zuarbeiten zum Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt erarbeitet, die über den Landesfrauenrat in die AG eingespeist wurden.

Die LAG macht darauf aufmerksam, dass das 25-jährige Jubiläum, welches 2021 Corona bedingt verschoben werden musste, am 29.06.2022 in Magdeburg im Frauenzentrum Courage stattfinden wird.

TOP 5	Einrichtung einer AG Corona (Antrag 09/2022)	
-------	--	--

Der **Antrag 09/2022** wird vorgestellt. Grundlage für den zu fassenden Beschluss ist der § 23 der Geschäftsordnung. Auf Nachfrage erläutert Inga Wichmann, dass es sinnvoll ist, sich fachlich-inhaltlich bereits jetzt mit der Thematik zu beschäftigen und die Erkenntnisse ggf. in den Kinder- und Jugendbericht einfließen zu lassen.

Nach Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss Nr. 2022-(8)-16

Der Landesjugendhilfeausschuss setzt in seiner 8. Amtsperiode eine AG „Folgen der Corona-Pandemie“ ein, die sich mit den aus der Pandemie und den Schutzmaßnahmen resultierenden Herausforderungen auseinandersetzt sowie die Debatten über Schlussfolgerungen und Empfehlungen für ihre Bewältigung mit inhaltlichen Impulsen begleitet.

Der AG sollen folgende Personen/Institutionen angehören:

- Herr Radon, KJR
- fjp> media
- EKM
- AG Jugendamtsleiter*innen - 1 Mitglied
- Bistum Magdeburg
- Familienverbände - LAGF

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6	Einrichtung einer AG Kita (Antrag 10/2022)	
-------	--	--

Inga Wichmann teilt mit, dass auf der Klausurtagung der Wunsch des LJHA bestand, eine AG Kita einzurichten.

Es gab eine Ergänzung im Vorfeld, diese wurde von den Antragsstellenden übernommen. Über den **Antrag 10/2022** wird abgestimmt.

Beschluss Nr. 2022-(8)-17

Der Landesjugendhilfeausschuss setzt in seiner 8. Amtsperiode eine AG Kindertagesbetreuung ein. Die AG befasst sich mit den die Landesebene und Bundesebene betreffenden Fragestellungen rund um die Kindertagesbetreuung in Sachsen-Anhalt. Dies betrifft z.B. die Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ und Empfehlungen für die Kindertagesbetreuung.

Der AG sollen folgende Personen/Institutionen angehören:

- Rebecca Kutz
- Jonathan Franke
- Nancy Wellenreich
- Caritasverband
- LJA Bereich KiTa

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7	Ukrainische Geflüchtete in Sachsen-Anhalt Impulse: Koordinierungsstelle für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine im LVwA, LAMSA e.V., Kommunale Spitzenverbände	
-------	---	--

Inga Wichmann führt ins Thema ein. Sie verweist darauf, dass der von Russland begonnen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiter andauert und sich die Situation aktuell weiter verschärft. Auf der Klausurtagung wurde gewünscht, sich mit den Auswirkungen des Krieges zu befassen. Inga Wichmann begrüßt die Anwesenden Wiebke Müller-Weiß, Igor Matviyets und Christian Deckert, die kurze Impulse vorbereitet haben.

Wiebke Müller-Weiß stellt sich kurz vor und berichtet:

Nach Angaben des BMI sind – von den schätzungsweise 4,8 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine insgesamt - 366.304 Menschen in Deutschland aufgenommen wurden. In den ersten zwei Wochen des Krieges war die Hochphase mit einer Aufnahme von bis zu 16.000 Menschen täglich. Zurzeit kommen ca. 3.500 Personen pro Tag neu in Deutschland an. Grundsätzlich können sich ukrainische Geflüchtete in Deutschland frei bewegen, was zu einer Ballung der Personengruppen vor allem in den Haupt- und Großstädten und Überlastung der Aufnahmekapazitäten geführt hat.

Die Erstverteilung der Asylsuchenden vor der Antragstellung erfolgt durch das BAMF nach dem Königsteiner Schlüssel. Für Sachsen-Anhalt beträgt die Quote im Jahr 2022 2,69612%. Zum 24.04.2022 waren 20.223 Menschen aus der Ukraine in Sachsen-Anhalt aufgenommen, dies entspricht einer Quote von ca. 3,36%. Davon sind 2.245 im Kindergartenalter und 5.184 im schulpflichtigen Alter.

Seit dem 08.03.2022 gibt es im Referat Ausländerangelegenheiten, Koordinierung Erstaufnahme eine neue Projektgruppe. Sie nennt sich „Koordinierungsstelle Ukraine Sachsen-Anhalt“, abgekürzt „KOST-Ukraine ST“. Hauptaufgabe dieser ist die Koordinierung der im Land Sachsen-Anhalt ankommenden Kriegsflüchtlinge sowie die Verteilung auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Die KOST-Ukraine ST ist rund um die Uhr zentraler Ansprechpartner für die ankommenden Busse bei Problemen jeglicher Art.

Seit dem 01.04.2022 ist die Koordinierungsstelle auch die zuständige Landesverteilstelle für die Evakuierung von Fluchtverbänden ukrainischer Waisenhäuser und Kinderheime. Wiebke Müller-Weiß als Ansprechpartnerin der Koordinierungsstelle in diesem Bereich wird fachlich durch das Landesjugendamt (Ref. 502, Kathrin Vahl) unterstützt.

In Sachsen-Anhalt erfolgten bisher noch keine Aufnahme von Fluchtverbänden ukrainischer Waisenhäuser/Kinderheime. Zur Vorbereitung der Aufnahme von Fluchtverbänden – insbesondere für eine längerfristige Unterbringung erfolgten bisher sowohl durch das MS als auch durch das Landesjugendamt Kapazitätsabfragen, um geeignete Objekte – insbesondere für eine längerfristige - Unterbringung größerer Fluchtverbände zu finden. Die nächste Bund-Länder-Besprechung ist für den 05.05.2022 geplant. Auf Nachfragen wurde geantwortet.

Pascal Begrich muss die Sitzung aus terminlichen Gründen verlassen. Die Sitzungsleitung wird von der Stellvertretung Inga Wichmann übernommen.

Von LAMSA e.V. trägt Igor Matviyets vor.

Mit der Förderung ab 01.04.2022 gibt es bei LAMSA e.V. eine Koordinierungsstelle, mit einer Hotline, die auch an den Wochenenden verfügbar ist. Es werden sehr viele Anfragen

bearbeitet und weitergeleitet. Insgesamt liegt der Schwerpunkt gerade bei Anfragen bzgl. Unterkunft/Umzug/Möbel. Aber auch Termine bei Ärzt*innen/Banken und anderen Institutionen sind oft Anlass für Anfragen. Bezüglich des Zugangs zu Betreuung und Bildung gibt es in der Beratung hohes Interesse und den Wunsch, dass Kinder keine „Zeit“ verlieren und sich weitestgehend normal weiterentwickeln können. Hier ist es noch für viele Beteiligte unklar, was das Ziel der Angebote sein soll: Überbrückung bis zur Rückreise und/ oder schnelle sprachliche Vorbereitung auf Eingliederung in Regelangebote ab Ende des Sommers? Insbesondere ab Ende Mai sind Sommerferien in der Ukraine, und das digitale Angebot aus der Heimat wird dann wegbrechen. Der Bedarf für Unterricht in Deutschland wird dann sehr groß sein.

Bei LAMSA gibt es Migrantenorganisationen, die selbst Träger der Jugendarbeit sind und die mit der richtigen staatlichen Unterstützung niedrigschwellige pädagogisch begleitete Angebote anbieten können. Wichtig ist, dass Kinder nicht in rein-ehrenamtliche Angebote gänzlich ohne Einbezug von Fachkräften bekommen.

LAMSA steht als Koordinierungsstelle für die Organisationen im Land zur Verfügung, wenn es um Sprachmittlung, Beratung und Mitwirken an Angeboten geht:

koordinierungsstelle@lamsa.de , Tel. 0345/213 893 99.

Aus der Perspektive der kommunalen Spitzen trägt Christian Deckert vor:

Für die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau wurden mit Stand 19.04.2022 insgesamt 861 Flüchtlinge, davon 94 im KiTa-Alter und 248 im schulpflichtigen Alter registriert, es muss unterschieden werden, wo weitervermittelt werden kann.

Es wurden bereits 45 Personen in privaten Haushalten untergebracht. Die Herausforderung ist es, die Wohnungen so auszustatten, dass menschenwürdig darin gelebt werden kann, er dankt den Bewohner*innen, die die Stadtverwaltung mit Ausstattungen, Spenden etc, unterstützten.

18 Schüler*innen wurden mit Stand voriger Woche im Regelunterricht angemeldet. Die Digitalisierung in der Ukraine ist sehr viel weiter als in Deutschland, sehr viele Gymnasiast*innen führen ihren Unterricht im virtuellen Raum weiterhin in der Ukraine durch. In Kindertageseinrichtungen wurden bisher 18 Kinder angemeldet.

Es gibt von Anfang an einen Krisenstab, der sich zusammensetzt aus Arbeitsverwaltung, Sozialverwaltung, Gesundheitsamt, Feuerwehr. Es fanden auch schon erste Beratungsgespräche mit der Agentur für Arbeit statt.

Die Thematik UMA ist geregelt, anders als 2015/16 kommen UMA auch direkt in der Stadt an. Ukrainische Waisenhäuser sind eine große Problematik bzw. Unbekannte, da keine "Anmeldungen" erfolgen und keiner Erfahrungen damit hat.

Isolde Hofmann dazu: Offene Fragen werden in der IMAG Ukraine des Landes behandelt. Für rechtliche Fragen gibt es eine AG. Zu klären ist, wie die zusätzlichen Bedarfe in der Kinder- und Jugendhilfe finanziert werden sollen.

Auf die Frage der psychologischen Betreuung, antwortet Wiebke Müller-Weiß, dass sich das LJA der Problematik bewusst ist und dieses Thema im Fortbildungskatalog aufgenommen werden soll, mit dem Ziel die Fachkräfte hier zu schulen. Christian Deckert dazu, es ist das Problem, dass zu wenig Psycholog*innen im Land vorhanden sind, das hat sich durch die Ankunft der ukrainischen Flüchtlinge noch verschärft.

Magdalena Forchmann schlägt vor, ähnlich wie bei Lehrkräften, dass aus der Ukraine Fachkräfte im psychologischen therapeutischen Kontext hinzugezogen werden.

TOP 8	Schulsozialarbeit <ul style="list-style-type: none"> - Impuls: Ministerium für Bildung des Landes - Kurzstatements: Bildungsausschuss Landtag, LIGA-AG, Kommunale Spitzenverbände 	
-------	---	--

Vom Bildungsministerium trägt Patricia Müller mittels Power-Point vor:

- Zum Gesamtpaket von ESF stehen rund 211,6 Mio. € an Mitteln zur Verfügung, die aktuelle Ausschreibung ist auf ein Finanzvolumen von 395,5 Mio. € beschränkt.
- Ende der Förderperiode ist 2028, zur Richtlinie hofft sie, dass im Mai die Mitzeichnung erhalten wird.

Zum aktuellen Stand ist zu berichten, dass die 380 Schulsozialarbeiter*innen rechnerisch auf das Land verteilt wurden, so dass ein Vergleich zum Jahr 2017 hergestellt wurde. 479 Anträge wurden eingereicht, für jeden Landkreis mindestens ein Antrag, 3 Trägerwechsel haben stattgefunden.

Hinsichtlich des Finanzierungsaspektes finden die abschließenden Prüfungen im Landesverwaltungsamt statt, bis Ende Mai werden die jeweiligen Antragsteller*innen über den vorzeitigen Maßnahmebeginn unterrichtet, man ist mit den jeweiligen Landkreisen im Gespräch, wie die Finanzierung in der Praxis umgesetzt wird.

Stephen Gerhard Stehli vom Bildungsausschusses des Landtages stellt die Position aus dem Ausschuss vor. Danach ist Schulsozialarbeit als fester Bestandteil der Schullandschaft zu sehen. Die Koalitionspartner setzen sich für eine Verstärkung ein. Momentan befindet sich das Parlament in der Haushaltsdebatte, es gibt eine Finanzierungsfrage, darüber wurde beraten, man ist sich einig an den Finanzausschuss zu schreiben.

In der Diskussion ist, im Rahmen der anstehenden Beratungen zum Haushaltsplan 2022 zusätzliche Mittel für Schulsozialarbeit im Land Sachsen-Anhalt bereitzustellen und eine Verpflichtungsermächtigung bis 2024 einzustellen. Es ist zu prüfen, wie eine prozentuale Staffelung umgesetzt werden kann, um den örtlich zuständigen öffentlichen Träger der Jugendhilfe eine weitere Finanzierung der eigenfinanzierten Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Nächste Woche ist Bereinigungssitzung im Finanzausschuss.

Mirko Günther von der LIGA AG bringt die Perspektive der freien Träger ein:

Es gibt eine Riesenanspannung bei den Trägern, 380 Stellen wird das Land mit der Unterstützung durch die Kommunen finanzieren, 474 Anträge liegen jedoch vor.

Ende Mai wird der vorzeitige Maßnahmebeginn mit großer Wahrscheinlichkeit die Träger erreichen, die die Unterstützung bekommen. Weiterer Aspekt ist die Sorge um die Netzwerkstellen, es hat eine Reduzierung der Stellen stattgefunden, die aus Sicht der LIGA AG von den Kommunen nicht aufgefangen werden können, so dass es einen Einbruch bei der Quantität und der Qualität der Netzwerkstellen geben wird. Man kann mit der Planung nicht einverstanden sein. Schulsozialarbeit kann nur im Dreiklang funktionieren – zentrale Koordinierungsstelle – Netzwerkstellen – Schulsozialarbeitsprojekte. An dieser Stelle gilt der Dank allen Landkreisen und kreisfreien Städten, die in einer sehr kurzen Zeit die Refinanzierung stemmen mussten.

Es werden sehr viele Fachkräfte verloren gehen, die Netzwerkstellen werden nicht mehr das leisten können, was in der vorigen Periode geleistet wurde.

Frau Rösel als Vertreterin des Landkreistages berichtet vom aktuellen Stand der Schulsozialarbeit in der kommenden EU-Förderperiode. Demnach deckt die EU-Fördersumme lediglich 60% der Kosten, die übrigen 40% müssen gegenfinanziert werden. Nach vorliegendem Richtlinienentwurf ist geplant, dass das Land 20% der Kosten für die Schulsozialarbeit übernimmt, 20% sollen von den Landkreisen und kreisfreien Städten übernommen werden. Die Kosten für die kommunalen Netzwerkstellen sollen zu 40% von den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden. Es liegen über 400 Anträge inkl. Konzept vor, über die eine Jury entscheiden soll.

Tom Bruchholz dankt Mirko Günther, weil er die Position der Träger ausführlich dargestellt hat, er findet es enttäuschend, dass der versprochene Aufwuchs in keiner Weise berücksichtigt wurde, dieser Aufwuchs wäre auch nötig gewesen, um die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen, die Fachkräfte laufen davon, die Kolleg*innen müssen sich zum Ende des Monats arbeitslos melden. Die Finanzierung (20%) hat die Landkreise im laufenden Haushaltsjahr überrascht, vielen der Entscheidungsträger*innem ist nicht bewusst, was vor

Ort wichtig ist, so kann nicht mit den Trägern und Kommunen umgegangen werden. Er hofft, dass es in Zukunft eine bessere Zusammenarbeit gibt.

Christian Deckert dazu: Das Land hat eine große Chance vertan, im Mai sollte es einen vorzeitigen Maßnahmebeginn geben, es wurde darauf hingewiesen, dass für die kommunalen Anteile der JHA verantwortlich ist, er entscheidet über die Förderung der freien Träger, es wird dringend eine Verwaltungsvereinbarung benötigt, zwischen den örtlichen Trägern und dem Land.

Patricia Müller dazu: Rücksprachen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten werden erfolgen.

Mirko Günther appelliert an den UA JHPL - das Thema Schulsozialarbeit auch unter dem Aspekt zu betrachten, was kann mittelfristig, was kann langfristig erreicht werden, was ist auf Landesebene geplant, wenn es ein EU-Projekt oder kommunale finanzierte Stellen gibt, dass die Standards gleich gehalten werden.

TOP 9	Absprachen für nächste Sitzungen - Themen/Verantwortlichkeiten/Referent*innen	
-------	--	--

In der nächsten Sitzung sollen folgende Themen behandelt werden:

- Verfahren Anerkennung freier Träger
- Änderung des Betreuungs- und Vormundschaftsgesetzes ab 01.01.2023, bundesweit kommen auf die Jugendämter neue Aufgaben zu (Christian Deckert)
- Berichterstattung über Sachstand Schulsozialarbeit (MB noch einmal einladen)

TOP 10	Verschiedenes	
--------	---------------	--

Hier gibt es keine Wortmeldungen.

Inga Wichmann bedankt sich bei allen beteiligten und schließt die Sitzung.

gez. Begrich Wichmann Vorsitz LJHA stellv. Vorsitz LJHA	gez. Koch Geschäftsstelle